



Mag. Christian Neuwirth
Sprecher des Rechnungshofes
1030 Wien, Dampfschiffstraße 2
Tel.: +43 (1) 711 71 – 8435

Twitter: @RHSprecher
Facebook/RechnungshofAT
neuwirth@rechnungshof.gv.at

Rechenschaftsbericht der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) 2020 veröffentlicht

Der Rechnungshof hat am heutigen Tag den Rechenschaftsbericht der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) 2020 veröffentlicht.

Wahlkampfkosten:

| | |
|-------------------------|-----------|
| keine EU-Wahl: | 0,00 Euro |
| keine Nationalratswahl: | 0,00 Euro |

Spenden

| | |
|------------------------|----------------|
| über das gesamte Jahr: | 19.276,22 Euro |
|------------------------|----------------|

Zu folgenden Punkten erfolgen Mitteilungen an den Unabhängigen Parteien-Transparenz-Senat (UPTS):

- Facebook-Werbung des Freiheitlichen Landtagsklubs Oberösterreich

Im Jahr 2020 finanzierte der Freiheitliche Landtagsklub Oberösterreich an die 60 Facebook-Anzeigen für den Klubobmann im Landtag, Herwig Mahr. Nach Ansicht des Rechnungshofes handelt es sich dabei bei mehr als der Hälfte um unzulässige Spenden des Klubs zugunsten der FPÖ. Die Inserate enthalten keine Information über die Tätigkeit des Landtagsklubs. Sie verwenden typische Partei-Slogans der FPÖ, die nicht auf die Kompetenzen des Klubs im Landtag abzielen (etwa: „Bevölkerung schützen: Asylrecht verschärfen!“). Und diese Inserate verwenden das Parteilogo: „FPÖ Die Freiheitlichen Oberösterreich“. Daraus ergibt sich die Ansicht des Rechnungshofes, dass es sich dabei um unzulässige Spenden, nämlich um Parteiwerbung, des freiheitlichen Landtagsklubs handelt.

- Zeitschrift „OÖ informiert“

In Oberösterreich erscheint viermal jährlich die Zeitschrift „OÖ informiert“. Abgedruckt sind dort Interviews mit dem Landesparteiobmann Manfred Haimbuchner, Berichte über Positionen der FPÖ sowie Artikel über Veranstaltungen der FPÖ (etwa: „Fulminanter 29. Politischer Aschermittwoch in Ried“). Durchgängig wird in der Zeitschrift das Logo der Freiheitlichen Partei Oberösterreichs verwendet. Auf der Website der FPÖ Oberösterreich war zumindest 2020 die Zeitschrift unter dem Menüpunkt „Zeitung“ abrufbar – und zwar ausschließlich diese Zeitschrift, keine andere.

Als Inhaber der Zeitschrift „OÖ informiert“ scheint jedoch das „Freiheitliche Bildungswerk in Oberösterreich“ auf. Die FPÖ teilte dem Rechnungshof mit, dass die Zeitschrift tatsächlich vom Freiheitlichen Bildungswerk Oberösterreich herausgegeben und finanziert wird. „Fallweise“ würden „inhaltliche Contents“ der FPÖ Oberösterreich durch „personelle Unterstützung“ refundiert. Eine Aufstellung der Übernahme von Kosten durch die Partei wurde nicht übermittelt.

Bildungseinrichtungen von Parteien dürfen keine Spenden an Parteien tätigen. Der Rechnungshof ist der Ansicht, dass es sich bei der Zeitschrift „OÖ informiert“ um durch das freiheitliche Bildungswerk finanzierte Werbung für die FPÖ handelt. Soweit keine Refundierung erfolgt ist, bedeutet das eine unzulässige Spende.

Auffälligkeiten im Kontrollverfahren:

keine